

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,
Wirtschaft und Gleichstellung
am Mittwoch, dem 24.06.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:49 Uhr**

		Seite
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	088/2026 7
4.	Aufgabenbereich des KdU-Managers im Job- center Kreis Warendorf	089/2026 9

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Asselmann, Felix
Beck, Jürgen
Beiers, Anja
Budde, Heinrich
Fiedlers, Nils
Heringloh-Poll, Norbert (ab 09:05 Uhr)
Hinnüber, Felix
Kirchhoff, Norbert
Krabbe, Silke (ab 09:05 Uhr)
Meyer, Ludger
Siebert, Christoffer
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
von Neumann, Franziska Johanna
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
stellv. Ausschussmitglieder
Duhme, Elke
Grap, Valeska
Kleene-Reschke, Andrea
Thiel, Joachim
von der Verwaltung
Arizzi Rusche, Anna, Dr.
Böttger, Pascal
Diekhoff, Katrin
Dinkelmann, Ina
Garnschröder, Merle
John, Kai
Nethe, Annabelle
Petzold, Mark

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Bas, Ali
Mindermann, Ursula
Schulze Westhoff, Stephan
Wamba, Gilbert

Da sowohl der Ausschussvorsitzende Herr Bas (B90/Die Grünen) als auch sein Stellvertreter Herr Wamba (SPD) nicht anwesend sind, eröffnet Herr Budde (CDU) als ältestes Ausschussmitglied um 09:00 Uhr die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Wie in § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Warendorf vorgesehen, bestimmt der Ausschuss daraufhin aus seiner Mitte eine Person, die den Vorsitz für diese Sitzung führen soll. Es wird Frau Beiers (B90/Die Grünen) vorgeschlagen, Gegenvorschläge oder Bedenken gibt es nicht. Frau Beiers wird einstimmig zur Vorsitzenden dieser Sitzung gewählt, woraufhin Herr Budde ihr die Leitung übergibt.

Auch Frau Beiers begrüßt die Anwesenden und bedankt sich. Sie freue sich auf ihre heutige Aufgabe.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, berichtet über die im Rahmen des 13. Änderungsgesetzes zum 01.07.2026 in Kraft tretenden Anpassungen in Bezug auf Leistungsminderungen und Kosten der Unterkunft (KdU). Während er im Bereich der Leistungsminderungen zumindest größtenteils von einer Vereinfachung spricht, kündigt er an, dass die Regelungen für KdU noch einmal überarbeitet werden würden. Aktuell gebe es einige neue Prüfungsschritte, die derart komplex geraten seien, dass viele offene Fragen seitens der Jobcenter bestünden. Vonseiten des MAGS NRW seien bisher keine Antworten gekommen. Man rechne mit Klarstellungen und Nachbesserungen noch vor Ende des Jahres.

Auch bezüglich der Sozialstaatskommission setzt Herr John die Ausschussmitglieder ins Bild. Die von der Kommission erarbeiteten Vorschläge sollen eins zu eins umgesetzt werden. Bis Ende 2027 soll es ein Konzept geben, wie die Leistungssysteme nach dem SGB II, SGB XII und der Kinderzuschlag (KiZ) vereinfacht und zusammengeführt werden könnten.

Es werden keine Fragen gestellt.

3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	088/2026
----	---	-----------------

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, stellt anhand der als **Anlage 1** beigefügten PowerPoint-Präsentation die aktuelle Lage im Kreis Warendorf dar. Dabei geht er u.a. auf das weiterhin vorherrschende Abschmelzen der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) und die sehr gute Ausnutzung von Bildung und Teilhabe-Leistungen (BuT) ein. Zwar käme man noch nicht an die Zahlen der Stadt Münster als bundesweit erstplatzierte Kommune in Bezug auf BuT heran, man versuche aber weiterhin möglichst vielen Kindern eine Unterstützung zu bieten. Herr John erinnert in diesem Zusammenhang an den Leitspruch „Je früher ein Euro investiert wird, desto effektiver ist er“, welcher bereits unter Herrn Johns Vorgänger gegolten hatte.

Im Hinblick auf die Senkung der Anzahl der Flüchtlings-BG fragt Herr Strübbe (CDU), ob ein verringerter Zustrom oder ein vermehrtes Ausscheiden als Grund zu erkennen seien. Herr John gibt die gute Vermittlungsarbeit als wesentlichen Faktor an.

Die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Frau Annabelle Nethe, fährt daraufhin mit dem aktuellen Stand der Vermittlungsoffensive fort. Bei der Darstellungsform geht sie auf Wünsche ein, welche von Ausschussmitgliedern in der vorangegangenen Sitzung geäußert worden waren. So sei beispielsweise nun die Zahl der entschuldigten Meldeversäumnisse ausgewiesen.

Im Rahmen von Frau Nethes Erläuterungen zum Ausbau bereits bestehender Beschäftigungsverhältnisse möchte Frau Duhme (CDU) wissen, wie man mit Leistungsbezieherinnen und -beziehern umgehe, die sich weigerten, trotz freier Kapazitäten mehr Stunden zu arbeiten. Frau Nethe führt aus, dass sich zwar die Umstände im Einzelfall angesehen werden würden, in der Regel aber die Aufforderung mit Rechtsfolgenbelehrung erfolge. Frau Zimmermeyer-Schürmann (CDU) fragt mit Verweis auf einen Fernsehbericht, ob Personen bei Nichterscheinen zuhause durch beispielsweise das Ordnungsamt aufgesucht und abgeholt werden würden. Sie verspreche sich davon eine höhere Erfolgsquote. Herr John, welcher im selben Bericht ebenfalls zu Wort gekommen war, erinnert zunächst daran, dass auch das dort gezeigte Vorgehen nicht sonderlich erfolgreich war. Überdies müsse das Ordnungsrecht im jeweiligen Bundesland eine solche Praxis ermöglichen. In Nordrhein-Westfalen jedenfalls, sei dies nicht ohne weiteres umsetzbar. Das Jobcenter Kreis Warendorf stelle zwar über das aufsuchende Coaching Kontakt vor Ort her, ein „Einsammeln“ oder eine Form von „Zwangsarbeit“ widersprächen den hiesigen Gesetzen jedoch. Auf das Unmutsbekunden von Herrn Budde (CDU), welcher sich eine Meldepflicht wünscht, spricht Herr John von einem Vollzugsdefizit. Es gebe keine ausreichend stringenten Rechtsgrundlagen und somit verhältnismäßig wenig Konsequenzen.

Herr Thiel und Frau Beiers (beide B90/Die Grünen) bitten Frau Nethe um weitere Details zu den Vermittlungsgesprächen. Ein Erstgespräch dauere mit 30 bis 45 Minuten länger als ein wiederkehrender Termin, so Frau Nethe. Außerdem werde mit einer Frist von zwei Wochen im Voraus eingeladen. In Bezug auf die Form der Einladungen herrschen verschiedene Meinungen unter den Ausschussmitgliedern. Auf die Frage von Frau Grap (B90/Die Grünen) hin, erläutert Herr John, dass schriftlich ein-

geladen werde. Auf Wunsch der einzelnen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher werde zwar bereits einfache Kommunikation per Mail durchgeführt, hier stoße man aber an hohe Hürden des Sozialdatenschutzes. Herr John berichtet davon, dass selbst das Hinterlegen von Mailadressen seitens des Landesdatenschutzbeauftragten verboten worden sei. Bescheide oder Ähnliches per Mail zu versenden sei vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtslage faktisch unmöglich. Für ein automatisches System zur Erinnerung an Termine, ergänzt Frau Nethe, fehle außerdem die Technik. Manuelle Erinnerungen per Mail seien ein unverhältnismäßig großer Aufwand für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Herr Strübbe (CDU) hält eine Erinnerung per Mail ohnehin für unnötig. Leistungsbeziehende hätten die Pflicht zum Termin zu erscheinen. Das Jobcenter müsse nicht hinterherlaufen. Herr Thiel (B90/Die Grünen) hingegen, hält nicht wahrgenommene Termine für eine Verschwendung von Ressourcen. Ein Erinnerungssystem könne hier abhelfen. Herr John und Frau Nethe verweisen darauf, dass die Integrationsfachkräfte Terminausfälle grundsätzlich einplanen würden. Die Anzahl der Einladungen sei darauf abgestimmt und es gebe immer genug „Papierkram“ und Vertretungsbedarf um Leerlauf zu vermeiden. Um die Vorgaben der Vermittlungsoffensive seitens des Landes einhalten zu können, müssten ohnehin eine moderate Überplanung und eine gute Koordination der Vor- und Nachbereitung durch die Integrationsfachkräfte stattfinden, so Herr John auf Nachfrage von Herrn Budde (CDU).

Herr Beck (AfD) möchte wissen, wie mit mutmaßlich verschwundener Post umgegangen werde. Herr John erklärt, dass nach der ersten diesbezüglichen Einrede grundsätzlich per Postzustellungsurkunde versendet werden würde. So könne man die Zustellung nachvollziehen. Frau Krabbe (SPD) befürchtet, dass durch die Fortentwicklung von KI die Einreichung gefälschter Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen zunehmen könne. Laut Frau Nethe sei sich das Jobcenter dessen bewusst. Man überprüfe Bescheinigungen grundsätzlich auf Anzeichen der Manipulation und sende diese im Zweifelsfall an den ärztlichen Dienst der Krankenkasse. Dem Wunsch von Herrn Hinnüber (CDU), Leistungsbeziehende in Verdachtsfällen durch einen Amtsarzt untersuchen zu lassen, solle mit dem 13. Änderungsgesetz zum SGB II nachgekommen werden. Allerdings seien diese bereits jetzt stark ausgelastet. Eine gute Alternative sei die Anforderung von Wegeunfähigkeitsbescheinigungen, so Frau Nethe.

Herr Strübbe (CDU) dankt dem Jobcenter für die konstant guten Fallzahlen bei Leistungsbeziehenden unter 25 Jahren. Auch Frau Beiers (B90/Die Grünen) dankt dem Jobcenter und wünscht weiterhin viel Erfolg. Der persönliche Kontakt sei ihrer Meinung nach aufgrund der sehr verschiedenen Lebensrealitäten ein wichtiger Faktor.

Frau Grap (B90/Die Grünen) fragt, ob eine weitere Aufschlüsselung der Altersgruppen in den Statistikzahlen möglich sei. Herr John verspricht, dies zu prüfen. In den offiziellen XSozial-Statistiken werde grundsätzlich nur die Gruppe der unter 25jährigen separiert, er wolle aber im Bereich Controlling nach weiteren Auswertungsmöglichkeiten fragen. Insbesondere die Altersgruppe über 50 Jahre könnte hier interessant sein.

4.	Aufgabenbereich des KdU-Managers im Jobcenter Kreis Warendorf	089/2026
----	--	-----------------

Der KdU-Manager im Jobcenter Kreis Warendorf, Herr Mark Petzold, stellt anhand der als **Anlage 2** beigefügten PowerPoint-Präsentation seinen Aufgabenbereich vor. Dabei beschreibt er zunächst seinen eigenen Werdegang und geht danach auf die verschiedenen Themenschwerpunkte ein. Laut Herrn Petzold kann Vermittlung nur erfolgreich stattfinden, wenn alles andere geregelt sei. Eine wichtige Rolle spiele hier die Sicherung von Wohnraum im Rahmen angemessener Grenzen. Herr Petzold beschreibt auch die Neuerungen in Bezug auf die Kosten der Unterkunft (KdU), welche mit dem 13. Änderungsgesetz zum SGB II in Kraft getreten sind. Auf verschiedene Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder erläutern Herr Petzold und der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, die grundsätzliche Zusammensetzung von Ansprüchen nach dem SGB II und den Prozess zur Festlegung von Angemessenheiten. Dabei wird auch auf das Verhältnis zu anderen Sozialleistungen, wie Wohngeld, eingegangen.

Frau Grap (B90/Die Grünen) gibt zu bedenken, dass Angemessenheitswerte vor dem Hintergrund begrenzten Wohnraums schwer einzuhalten sein könnten. Herr Petzold bestätigt dies. Für die Berechnung werde alle zwei Jahre ein schlüssiges Konzept erstellt, welches dieser Dynamik Rechnung trage. Man schaue sich sowohl die Kosten als auch die Größe von Wohnraum an – womit Herr Petzold auch Fragen von Herrn Beck (AfD) und Herrn Asselmann (CDU) beantwortet – und überprüfe vor einer eventuellen Kostensenkung, ob tatsächlich alternativer Wohnraum zur Verfügung gestanden hätte. Das schlüssige Konzept des Kreises Warendorf, so Herr John, sei auch dank Herrn Petzold derart gut ausgearbeitet, dass es in der Vergangenheit vor Gericht standgehalten habe. Auf Bitten von Herrn Hinnüber (CDU) erklärt Herr Petzold die Berechnung von angemessenen Heizkosten. Hierbei sei zu beachten, dass bereits der bundesweite Heizspiegel recht hoch angesetzt sei. Das Jobcenter trage daher in der Regel auch überdurchschnittliche Heizkosten in tatsächlicher Höhe.

Frau Beiers (B90/Die Grünen) möchte wissen, ob eine Beratung der Vermieterinnen und Vermieter stattfinde. Auch Herr Budde (CDU) hatte bereits gefragt, ob das Jobcenter sich in das Mietverhältnis einmische. Herr Petzold verneint beides. Die Leistungsbeziehende Person sei Mieterin bzw. Mieter und das Mietverhältnis komme nicht mit dem Jobcenter zustande. Grundsätzlich mische man sich auch nicht ein. In Fällen, in denen es erforderlich werde, verweise man an die Verbraucherzentrale, welche gelegentlich spezielle Projekte zum Thema anbiete. Natürlich hake man nach, das Jobcenter sei aber nicht zuständig. Auch die Verantwortung der Mietzahlung liege in erster Linie bei der Mieterin bzw. dem Mieter, so Herr Petzold auf Nachfrage von Herrn Strübbe (CDU). Eine Direktzahlung sei nur auf Antrag oder im Falle von Mietschulden möglich. Gegebenenfalls habe dies zwar bei Mietschuldenübernahmen eine Doppelzahlung zur Folge, der Gesetzgeber wolle aber sowohl die Selbstbestimmung der leistungsbeziehenden Person fördern als auch Wohnungslosigkeit verhindern. Selbsthilfe stehe auch bei Umzügen im Fokus, ergänzt Herr John auf die Frage von Frau von Neumann (Die Linke). Teils als Darlehen, teils als Zuschuss könnten Beträge für Umzugshilfen, Mietkautionen, Renovierungskosten etc.

geleistet werden. Die Höhe und Art sei stets einzelfallabhängig und an der Leistungsfähigkeit der Empfängerin oder des Empfängers orientiert.

Herr Thiel (B90/Die Grünen) und Herr Kirchhoff (FDP) bitten Herrn Petzold noch einmal um eine Verortung seiner Position im Gefüge der Kreisverwaltung und seinen Bezug zu den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Der KdU-Manager sei Teil des Projektteams im Sachgebiet Passive Leistungen des Jobcenters, welches in der vergangenen Sitzung vorgestellt worden war, so Herr Petzold. Er habe zum einen beratende Funktion, zum anderen aber auch Weisungsbefugnis gegenüber den Leistungssachbearbeiterinnen und -sachbearbeitern. Er sei damit quasi eine Mischung aus Teamleitung und Stabsstelle. Dabei sei er, wie Herr John ergänzt, in Prozesse verpflichtend eingebunden und bei bestimmten Fragen immer zu konsultieren. Gegenüber dem Sozialamt führe das Jobcenter in Gestalt des KdU-Managers ebenfalls die Richtlinienkompetenz aus, indem Angemessenheitswerte allgemeingültig bestimmt werden würden. Laut Herrn Petzold werde er als Spezialstelle auch von den Sozialämtern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei Frage konsultiert und erfülle wichtige Netzwerkfunktionen. Der Themenkomplex KdU sei, so Herr John, vielfältig und das Vorhandensein eines KdU-Managers daher überaus wichtig.

Frau Beiers (B90/Die Grünen) und Herr Strübbe (CDU) danken Herrn Petzold für den anschaulichen Vortrag. Es sei gut, dass er da wäre und seine Arbeit spare dem Kreis viel Geld. Man wünsche ihm weiterhin starke Nerven.

Frau Beiers (B90/Die Grünen) verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 10:49 Uhr.

Anja Beiers
Vorsitzende

Dr. Anna Arizzi Rusche
Schriftführerin